



Dossier zur Europawahl

Europäische Arbeitslosenversicherung – Europa auf dem Weg zu mehr Ausgleich und sozialer Sicherheit für alle?

Das drängende Problem: Arbeitslosigkeit in Europa

Die **Arbeitslosigkeit** stellt weiterhin eine der größten Herausforderung für das Zusammenwachsen Europas dar. Die Arbeitslosenquote zeigt eine tiefe Spaltung Europas. Lag die Arbeitslosenquote im Dezember 2018 im europäischen Durchschnitt bei 6,6 %, weisen einige Länder deutlich höhere Quoten aus: Spitzenreiter ist Griechenland mit 18,6 %, gefolgt von Spanien (14,3 %), Italien (10,3 %), Frankreich (9,1 %) und Zypern (8,8 %). Deutlich unterdurchschnittliche Arbeitslosenquoten weisen die Niederlande (3,6 %), Polen (3,5 %), Deutschland (3,3 %) und Tschechien (2,1 %) aus.

Geradezu erschreckend ist die **Jugendarbeitslosigkeit** (14 – 24-Jährige) in einigen EU-Mitgliedsstaaten, die im EU-Durchschnitt bei 14,9 % liegt. Deutlich über dieser Quote liegen Griechenland (38,5 %), Spanien (32,7 %), Italien (31,9

%), Kroatien (22,7 %), Frankreich (21,1 %) und wiederum Zypern (18,7 %). Niedrige Quoten sind statistisch für Dänemark (8,7 %), Niederlande (6,6 %), Deutschland (6,0 %) und Tschechien (5,8 %) erfasst. In den betroffenen Ländern kann von der „lost generation“, einer „verlorenen Generation“ von Jugendlichen gesprochen werden, denen durch Integration in den regulären Arbeitsmarkt der jeweiligen Länder vorenthalten wird.

Die Arbeitslosenquoten spiegeln die **asymmetrischen Wirtschaftsentwicklungen** in den EU-Mitgliedsstaaten wider. Eine der Hauptursachen liegt bis heute in den „Krisenfolgen“ aus der (Welt)Wirtschaftskrise von 2007 /2008. Da der europäische Einigungsgedanke und die Union wesentlich vom Paradigma des „sozialen Ausgleichs“ bestimmt ist bzw. sein sollte, ist dringender Handlungsbedarf auf europäischer Ebene und in den EU-Mitgliedsstaaten angezeigt, insbesondere hinsichtlich einer ausreichenden Absicherung bei Arbeitslosigkeit in den überdurchschnittlich betroffenen Ländern. Deutschland kommt dabei als größte Volkswirtschaft in der EU eine besondere Verantwortung zu.

Zum Vorschlag einer Europäischen Arbeitslosenversicherung

Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat deshalb den Vorschlag in die politische Debatte eingebracht, einen **europäischen „Arbeitslosen-Stabilisierungs-Fond“ (EUSF)** zu schaffen, der im Falle einer Krise den Arbeitslosenversicherungen in den betroffenen Ländern zur Stabilisierung Geld leiht, das allerdings innerhalb von fünf Jahren an den EUSF zurückzuzahlen ist. Die Staaten im Euroraum sollen diesen EUSF gemäß ihrer Wirtschaftskraft mit Beiträgen speisen. Hauptbeitragszahler wäre damit als potentester Wirtschaftsraum in der EU Deutschland. Ziel des EUSF ist es, im Falle eines ökonomischen Einbruchs die Haushalte der krisengebeutelten Länder, die von rasant steigenden Arbeitslosenzahlen finanziell überfordert wären, finanziell zu unterstützen. Krisen sollen so abgefedert und teure Euro-Rettungspakete vermieden werden. Gleichzeitig könnte ein konjunktureller Ausgleich in der ungleich verlaufenden Wirtschaftsentwicklung „zwischen“ den EU-Staaten geschaffen werden. Länder, die sich in einem wirtschaftlichen Hoch befinden, hätten insgesamt höhere Beiträge zu erbringen, während gleichzeitig Länder in einer Schwächephase höhere Auszahlungen erhalten.

Das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ (DIW) hat erste **Modellberechnungen** an- gestellt und kommt zu folgendem Ergebnis: „Simulationsrechnungen des DIW Berlin zeigen, dass eine Europäische Arbeitslosenversicherung – je nach Ausgestaltung – zu einer merkli- chen Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung führen kann. Insbesondere eine großzü- gige Variante eines solchen Transfersystems mit einer Nettolohnersatzquote von 70 Prozent und einer maximalen Bezugszeit von zwölf Monaten hätte merkliche Effekte: Zum Beispiel wäre in Spanien der krisenbedingte Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009, der tatsächlich bei 3,8 Prozent lag, auf 3,1 Prozent gedämpft worden.“

Europäische Sozialpolitik endlich auf den Weg bringen!

Die mittlerweile französisch-deutsche Initiative für eine europäische Arbeitslosenversiche- rung könnte – bei allen zu klärenden Detailfragen – einen zentralen Beitrag zu einer dringend notwendigen europäischen Sozialpolitik leisten, die auf den Weg gebracht werden muss. **Eu- ropa muss für die Bürger*innen verstärkt ein soziales und ausgleichendes „Gesicht“ bekommen**, um der „Europavergessenheit“ der Rechtspopulisten entgegenzuwirken und den Europaskeptikern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Europa muss sozial von allen Bürger*innen Europas erfahren werden! Der Währungs- und Wirtschaftsraum Europa bedarf der gleichwertigen Ergänzung durch den Sozialraum Europa. Die Einführung einer europäi- schen Arbeitslosenversicherung könnte eine Initialzündung dazu sein.

Der EUSF ist zudem **wirtschaftlich vernünftig**, denn auch die volkswirtschaftlich starken Länder können – wie die Eurokrise zeigte – kein Interesse daran haben, einzelne Mitglieds- staaten auf Dauer ins europäische Abseits zu drängen. Schon aus Eigeninteresse bedarf die Eurozone schon im Vorfeld von Krisen einer Stabilisierung. Prävention ist heute wichtiger denn je, denn die nächste Krise kommt bestimmt. Eine nachgelagerte Austeritätspolitik, die die soziale Spaltung in Europa und den Krisenländern verschärft, ist kein sinnvoller und ziel- führender Weg. Dies machen die „Kriseninterventionen“ in den letzten zehn Jahren – etwa in Griechenland – überdeutlich. Und auch die Kritik, dass Deutschland der Hauptzahler des EUSF wäre, verfängt nur vordergründig. Der EU-Raum ist mit ca. 750 Milliarden Euro (2017) der Hauptexportraum für deutsche Unternehmen. Bricht aufgrund steigender Arbeitslosigkeit die Kaufkraft ein, hat dies unmittelbare Folgen für die stärkste Volkswirtschaft in Europa.

Arbeitslosigkeit bedeutet Verlust an Einkommen und sozialer Sicherheit, bedeutet Ausgren- zung und Stigmatisierung. Eine bessere monetäre Absicherung für die von Arbeitslosigkeit Betroffenen in ganz Europa wäre ein Beitrag zu einem menschenwürdigen Leben und zur Einlösung des „Rechts auf soziale Sicherheit“ (Europäische Sozialcharta). Auch hierfür wäre der EUSF ein wichtiger Schritt!

Dr. Michael Schäfers, Leiter des Grundsatzreferates der KAB Deutschlands